



GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Datenlage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Begründung des Ergebnisses

Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung und Veränderungen gegenüber der Jahresprojektion vom Januar 2025

Die Bundesregierung prognostiziert für das laufende Jahr eine Stagnation des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und für das kommende Jahr einen Anstieg um 1,0% (vgl. Tabelle 1). In ihrer Jahresprojektion vom Januar 2025 hatte sie Raten von 0,3% und 1,1% erwartet. Damit setzt sie für beide Jahre die Prognose etwas herab.

Auch die Einschätzung des Produktionspotenzials fällt erneut schwächer aus als in der vorherigen Projektion. Zwar beträgt dessen durchschnittliche Wachstumsrate für den Zeitraum 2024 bis 2029 weiterhin 0,5%. In der kurzen Frist und in der mittleren Frist werden die mittleren Wachstumsraten des Produktionspotenzials allerdings jeweils knapp 0,1 Prozentpunkte schwächer eingeschätzt als noch im Januar.

Einordnung der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand Mitte April 2025. Die zum Vergleich herangezogenen Prognosen der Institute wurden Mitte März 2025 veröffentlicht, das Frühjahrgutachten der Gemeinschaftsdiagnose datiert vom 10. April 2025. In der Zeitspanne zwischen diesen Prognosen haben sich die internationalen und nationalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen deutlich geändert. Dies betrifft insbesondere die Annahmen bezüglich der US-Zollpolitik und die durch die Grundgesetzänderungen ermöglichten zusätzlichen Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur.

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Torsten Schmidt

RWI

Tel +49 201 8149-287

Torsten.Schmidt@rwi-essen.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Die Bundesregierung liegt mit ihrer BIP-Prognose preisbereinigt in diesem und im kommenden Jahr im Spektrum der jüngsten Institutsprognosen. Verglichen mit der Gemeinschaftsdiagnose fällt sie für dieses Jahr um 0,1 und für das kommende Jahr um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus. Auch die Projektion des nominalen BIP liegt im Spektrum der Institutsprognosen. Verglichen mit der Gemeinschaftsdiagnose nimmt das nominale BIP in diesem Jahr um 0,3 Prozentpunkte stärker und im kommenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte schwächer zu.

Merkliche Unterschiede zwischen der Projektion der Bundesregierung und den Vergleichsprognosen ergeben sich bei der Expansion des Welt-BIP, der Ausrüstungsinvestitionen und des Deflators des Staatskonsums. Alle übrigen Größen sind unauffällig.

Die Bundesregierung erwartet in diesem und im kommenden Jahr einen stärkeren Anstieg der Wirtschaftsleistung außerhalb Deutschlands als die Institute. Dies könnte auf die Verwendung unterschiedlicher Länderkreise bei der Berechnung des Welt-BIP zurückzuführen sein. Gleichwohl geht auch die Regierungsprojektion von einer Abschwächung der Weltkonjunktur aus, die in der Größenordnung der Institutsprognosen liegt.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden in der Projektion der Bundesregierung in diesem Jahr stärker ausgeweitet als in den Institutsprognosen. Insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen ist der Abstand mit 2,0 Prozentpunkten zur Gemeinschaftsdiagnose deutlich. Im kommenden Jahr liegt die Projektion der Bundesregierung wieder im Spektrum der Institute. Auch der Staatskonsum und der entsprechende Deflator ziehen in diesem Jahr stärker an als in den Institutsprognosen. Dies deutet darauf hin, dass die Bundesregierung von einem schnelleren Abfluss der zusätzlichen Mittel für Verteidigung und Infrastruktur ausgeht.

Insgesamt hält die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose die genannten Abweichungen angesichts der jüngsten Entwicklungen und der bestehenden Unsicherheiten für vertretbar und befürwortet die vorgelegte Projektion.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der

gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1
Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung (April 2025)

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Annahmen						
BIP-Wachstum Welt	3,2	2,9	2,8			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	80,0	73,0	70,0			
Wechselkurs USD/Euro	1,1	1,1	1,1			
Makroökonomische Projektion						
BIP (nominal)	2,9	2,0	3,0			
BIP (preisbereinigt)	-0,2	0,0	1,0			
Private Konsumausgaben	0,3	0,2	0,8			
Konsumausgaben des Staates	3,5	2,1	1,4			
Bruttoanlageinvestitionen	-2,7	0,4	3,2			
Ausrüstungsinvestitionen	-5,5	0,7	3,8			
Bauinvestitionen	-3,3	-0,4	2,4			
Investitionen in sonstige Anlagen	3,9	2,4	4,3			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	-1,1	-2,2	1,3			
Importe von Waren und Dienstleistungen	0,2	1,8	2,1			
Inländische Verwendung ¹	0,3	1,6	1,3			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	0,0	0,9	-0,1			
Außenbeitrag ¹	-0,6	-1,6	-0,3			
BIP-Produktionspotenzial	0,6	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,2	0,0	-0,1			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,3	0,3	0,3			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,1	0,1	0,2			
Preise						
BIP-Deflator	3,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0
Deflator des privaten Konsums	2,7	2,0	1,9			
Verbraucherpreisindex	2,2	2,0	1,9			
Deflator des Staatskonsums	2,6	2,6	2,4			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,6	2,2	2,0			
Deflator der Exporte	0,9	1,7	1,1			
Deflator der Importe	-0,3	2,0	1,3			
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätigkeit (Inland)	0,2	-0,2	0,1			
Arbeitsvolumen (in Std.)	-0,1	-0,2	0,2			
Arbeitslosenquote (BA)	6,0	6,3	6,2			
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	2,9	3,0			
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	5,4	2,9	2,9			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	-0,4	0,1	1,0			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	-0,1	0,1	0,8			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Anlage

Anhangstabelle „Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen“

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Torsten Schmidt
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Tel +49 201 8149-287
Torsten.Schmidt@rwi-essen.de